

708893-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Vergabe Objektplanung Gebäude
"Neubau Feuerwehrhaus Freiamt" nach GWB und VgV
OJ S 226/2024 20/11/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Freiamt
E-Mail: hauptamt@freiamt.de
Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe Objektplanung Gebäude "Neubau Feuerwehrhaus Freiamt" nach GWB und VgV
Beschreibung: Die Gemeinde Freiamt plant ihre bisherigen Feuerwehrstandorte in den Ortsteilen Ottoschwanden und Brettental in einem zentralen Feuerwehrhaus im Ortsteil Mußbach zusammenzuführen. Inhalt dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Objektplanung für den Neubau eines Feuerwehrhauses. Ziel ist es, ein Büro oder eine Bürogemeinschaft zu beauftragen, welches eine hochwertige Planungs- und Bauqualität verspricht. Zu erbringen sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 für das Leistungsbild Gebäude in vollem Umfang gemäß Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 4, § 35 Abs. 7 HOAI.

Kennung des Verfahrens: 9b4fb263-266b-46d6-9a12-b06ea4dca673

Interne Kennung: EM05-281

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bewerber- und Bietergemeinschaften: Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften sind im Rahmen des kartellrechtlich Erlaubten zugelassen und stehen in diesem Verfahren den Einzelbewerbern bzw. -bietern gleich. Bewerber bzw.

Bietergemeinschaften haben sich durch eine von allen Mitgliedern der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft abzugebenden Erklärung zu folgenden Punkten zu erklären: Benennung einer Vertretung der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (einschließlich Kontaktdaten), Aufgabenteilung innerhalb der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft, Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (GbR) für den Auftragsfall, Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft im gesamten Vergabeverfahren (einschließlich Verhandlungsverfahren), Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. späteren Bietergemeinschaft für die Auftragsdurchführung. Das Bilden einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist führt zum Ausschluss der Bewerber bzw. Bieter. Eine Änderung der Bewerbergemeinschaft bzw. Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahmefrist bzw. der Angebotsfrist und vor der Zuschlagserteilung führt zum Ausschluss der beteiligten Bewerber bzw. Bieter, wenn durch die Änderung der Wettbewerb beeinträchtigt wird. Die Teilnahme im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe im Rahmen einer Bietergemeinschaft und die gleichzeitige Teilnahme als Bewerber oder als Mitglied einer anderen Bewerbergemeinschaft bzw. die Angebotsabgabe als Bieter oder als Mitglied einer anderen Bietergemeinschaft sind ausgeschlossen. In einem solchen Fall werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter ausgeschlossen. Ebenso ist die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an einem Einzelbewerber bzw. -bieter und die gleichzeitige Mitgliedschaft an einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft und / oder die gesellschaftsrechtliche Beteiligung eines Einzelbewerbers bzw. -bieters an einem Mitglied einer Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ausgeschlossen, wenn durch die Beteiligung der Wettbewerb beeinträchtigt ist. Der Bewerber bzw. Bieter hat sich zu ihm bekannten Beteiligungsverhältnissen zu erklären. Für den Fall der Wettbewerbsbeeinträchtigung werden die beteiligten Bewerber bzw. Bieter aus dem Verfahren ausgeschlossen. Gleiches gilt, wenn die Wettbewerbsbeeinträchtigung erst später festgestellt wird. Eignungsleihe: Im Fall der Eignungsleihe hat der Bewerber Art und Umfang der in Anspruch genommenen Kapazitäten anderer Unternehmen zu benennen, das jeweils dafür vorgesehene Unternehmen zu benennen (Namen, gesetzlicher Vertreter und Kontaktdaten), die Eignung des die Kapazitäten stellenden Unternehmens für den Umfang der Eignungsleihe nachzuweisen, den Nachweis zu erbringen, dass auf das die Kapazitäten stellende Unternehmen kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB zutrifft (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens Ausschlussgründe), den Nachweis zu erbringen, dass kein Ausschlussgrund gem. Russlandsanktionen vorliegt (Eigenerklärungen des entleihenden Unternehmens), für den Fall der Eignungsleihe bei wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit ist eine Haftungserklärung und bei Bedarf weitere noch zu benennende Eignungsnachweise in Bezug auf das entleihende Unternehmen vorzulegen. Stützt der Bewerber sich zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Eignungsleihe) haftet der Bewerber gemeinsam mit dem Unternehmen, auf das er sich stützt, für die Auftragsausführung im Umfang der Eignungsleihe, § 47 Abs. 3 VgV. Die Haftungserklärung ist gemeinsam mit dem Angebot vorzulegen. Ein die Eignung vermittelndes Unternehmen kann nur dann für mehrere Bewerber tätig sein, wenn sichergestellt ist, dass durch die Mehrfachbeteiligung des Unternehmens keine Einschränkung des Wettbewerbs erfolgt. Das die Eignung vermittelnde Unternehmen hat dies gegenüber dem Auftraggeber zu versichern. Die Versicherung ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Für den Fall der Wettbewerbsverzerrung werden die beteiligten Bewerber aus dem Verfahren ausgeschlossen. Ein Austausch des Unternehmens, auf das sich der Bewerber zum Nachweis der Eignung stützt, ist nur aus wichtigem Grund (z.B. Insolvenz des die Eignung vermittelnden Unternehmens) und nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Die Eignung des ersetzenden Unternehmens ist nachzuweisen. Die Eignung des Bewerbers wird erneut geprüft. Der Bewerber bzw. Bieter hat Unternehmen, auf deren Kapazitäten er sich beruft,

innerhalb einer vom Auftraggeber genannten Frist auszutauschen, wenn das Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber bzw. Bieter sich beruft, die Eignungsanforderungen nicht erfüllt. Bzgl. Nachunternehmereinsatz siehe Verfahrensleitfaden. Technische Mittel und Kommunikation: Der Bewerber / Bieter hat die technischen Mittel und die Voraussetzungen für deren Nutzung eigenverantwortlich zu beachten. Die Kommunikation im Verfahren erfolgt ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform. Vgl. hierzu Ausführungen im Verfahrensleitfaden. Vermeidung von Interessenkonflikten: Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft / der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft hat unverzüglich die Umstände aus seinem / ihrem Geschäftsbereich offen zu legen, die die Annahme eines Interessenkonfliktes im Sinne von § 6 VgV begründen können. Unterlässt der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft / der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft schuldhaft einen solchen Hinweis, und wird ein solcher später bekannt, führt dies grundsätzlich zum Ausschluss, es sei denn, der Interessenskonflikt kann ohne Wettbewerbsbeeinträchtigung anderweitig aufgelöst werden. Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Nichtbekanntgabe bekannter Interessenskonflikte Schadenersatzansprüche des Auftraggebers auslösen können. Ausschlussgründe: Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat zur Prüfung ggf. vorliegender Ausschlussgründe folgende Erklärung abzugeben: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 und 124 GWB, Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. Verordnung (EU) 833/2014 in der jeweils aktualisierten Fassung (zuletzt geändert durch Durchführungsverordnung (EU) 2024/1745 und berichtigt durch ABI. L 90647 vom 24. Oktober 2024) gem. Musterformular, Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Eintragungen im Gewerbezentralregister. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Liegen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 134 GWB vor, sind die notwendigen Angaben für die Prüfung einer Vergabesperre gemäß § 126 GWB zu machen. Dazu gehören bei Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB die Benennung des Datums der Rechtskraft der Verurteilung und bei Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB die Benennung des den Ausschluss begründenden Ereignisses. Das gilt insbesondere für den Fall, dass ein früherer Auftrag durch den Auftraggeber gekündigt wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB). Soweit ein solcher Fall vorliegt sind vollständige Angaben zu den Umständen der Kündigung zu machen. Diese Abfrage dient gleichzeitig als Anhörung vor einem potentiellen Ausschluss. Soweit der Bewerber infolge des Vorliegens von Ausschlussgründen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB vorgenommen hat, sind diese umfassend darzulegen, so dass der Auftraggeber die Rechtsfolgen bezüglich der dargelegten Selbstreinigung beurteilen kann. Zudem sind die Eignungskriterien zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und der wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zu beachten. Ebenfalls zu berücksichtigen sind die Mindestanforderungen in Bezug auf die Angebotsqualität (mind. 2 von 5 möglichen Punkten je Kriterium). Der Auftraggeber behält sich vor, zur Eignungsprüfung die Angaben des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft weiter aufzuklären und weitergehende Informationen einzuholen. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat jedoch keinen Anspruch hierauf, soweit seine Angaben für weitere Auskünfte oder Aufklärungen ungeeignet sind. Der Auftraggeber wird seiner Verpflichtung zur Abfrage beim Wettbewerbsregister nachkommen (vgl. § 6 Wettbewerbsregistergesetz). Aufhebungsgründe Verfahren: Der Auftraggeber behält sich gemäß § 63 VgV die Aufhebung des Vergabeverfahrens vor, wenn keine Teilnahmeanträge eingegangen sind, die den Ausschreibungsbedingungen entsprechen, wenn weniger als drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften zur Angebotsabgabe aufgefordert werden können, wenn keine Angebote eingegangen sind, die den Ausschreibungsbedingungen entsprechen, wenn trotz Aufforderung von mindestens drei Bewerbern weniger als drei Angebote eingegangen sind, wenn nur unannehmbare Angebote eingegangen sind, bei Aufgabe der Beschaffungsabsicht,

bei wesentlichen Änderungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse, bei Wegfall zugeteilter oder Nichtbewilligung beantragter Fördermittel vor Ende des Vergabeverfahrens und bei anderen schwerwiegenden Gründen, insbesondere Wegfall der Förderfähigkeit.
Einzureichende Unterlagen: Mit dem Teilnahmeantrag ist von den Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften einzureichen: ausgefüllte Formblätter, Pläne, Bilder, grafische Darstellungen zu Referenzprojekten, Versicherungsnachweis, Nachweis über berufliche Qualifikation. Alle eingereichten Unterlagen müssen entsprechend ihrer Zugehörigkeit gekennzeichnet sein und sind in unüberarbeitbarer Dateiform (PDF oder ähnliches) abzugeben. Alle Pläne müssen genordet sein. Für das Erstangebot und das Endangebot sind einzureichen: ggfs. Unterlagen zu Nachunternehmerinsatz, vollständig ausgefüllte Formblätter, Planunterlagen (genaue Anforderungen s.u.) inkl. Erläuterungsbericht und Berechnungen, Darstellung von Projektteam und Qualifikation der Projektleitung auf max. 2 DIN A4 Seiten, Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs auf max. 2 DIN A4 Seiten sowie Projektzeitenplan aufgeteilt nach Gewerken (DIN A3).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens

Konkurs: Insolvenz

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung

Vergleichsverfahren: Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Bildung krimineller Vereinigungen

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung

Betrugsbekämpfung: Betrug oder Subventionsbetrug

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Menschenhandel,

Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung

Zahlungsunfähigkeit: Zahlungsunfähigkeit

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Insolvenz

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Rein nationale Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Interessenkonflikt

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Schwere Verfehlung

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Mangelhafte

Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Einstellung der beruflichen Tätigkeit
Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Bildung terroristischer Vereinigungen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabe Objektplanung Gebäude "Neubau Feuerwehrhaus Freiamt" nach GWB und VgV
Beschreibung: Die Gemeinde Freiamt plant ihre bisherigen Feuerwehrstandorte in den Ortsteilen Ot-toschwanden und Brettental in einem zentralen Feuerwehrhaus im Ortsteil Mußbach zusammenzuführen. Inhalt dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Objektplanung für den Neubau eines Feuerwehrhauses. Ziel ist es, ein Büro oder eine Bürogemeinschaft zu beauftragen, welches eine hochwertige Planungs- und Bauqualität verspricht. Zu erbringen sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 9 für das Leistungsbild Gebäude in vollem Umfang gemäß Anlage 10.1 zu § 34 Abs. 4, § 35 Abs. 7 HOAI. Da die Realisierung des Projekts mit verschiedenen Faktoren in Zusammenhang steht, wird eine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Mit Zuschlagserteilung wird zunächst die Stufe 1 (Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 4, etwaige Besondere Leistungen) beauftragt. Anschließend ist die Beauftragung der Stufe 2 (Grundleistungen der Leistungsphasen 5 bis 9 und etwaige Besondere Leistungen) beabsichtigt. Ein Anspruch auf Beauftragung der zweiten Stufe besteht jedoch nicht. Die Adresse des zukünftigen Standorts für das Feuerwehrhaus: Flurstück 10 /19, Kreuzung der K5113 und der Straße "Am Bus", gegenüber dem Festgelände des MSRT und des SC Freiamt. Der Neubau soll ein Umfeld schaffen, das den Anforderungen einer zeitgemäßen Feuerwehr entspricht. Die aktuellen Bedürfnisse und Herausforderungen der Einsatzkräfte stehen dabei im Fokus. Das Gebäude selbst muss die Mindestvorgaben des Raumprogramms erfüllen (die Flächenanforderungen gemäß Raumprogramm sollten aufgrund der damit verbundenen Baukosten um nicht mehr als 10 % überschritten werden) und dessen Vorgaben planerisch umsetzen. Gleichzeitig soll eine Umgebung für die Nutzenden hergestellt werden, in der die Abläufe reibungslos funktionieren. Auch der Aspekt der Nachwuchsgewinnung durch die Jugendfeuerwehr kann bei der Entwurfserstellung berücksichtigt werden. Entsprechend hoch sind die Ansprüche an die Qualität der Planung. Diese wird im Rahmen des Vergabeverfahrens in ihren Grundzügen abgefragt und bewertet. Aufgrund der finanziellen Auswirkungen des Projekts auf den Haushalt der Gemeinde muss die Budgetverfolgung und die Kosteneinhaltung entsprechend vom Auftragnehmer gewährleistet bzw. Abweichungen begründet und frühzeitig mitgeteilt werden. Dies soll im Rahmen der Angebotsunterlagen dargestellt werden. Dem Auftraggeber ist eine umfassende und kontinuierliche Betreuung durch ein qualifiziertes Projektteam wichtig. Festgemacht wird das an der Qualifikation und Erfahrung der Projektleitung, der Anzahl, der für das Projekt zuständigen Mitarbeitenden, der inneren Organisation des Auftragnehmers sowie Vertretungsregelungen. Im Rahmen der Angebotsunterlagen müssen Aussagen zu diesen Punkten getroffen werden. Die Vorschriften der zuständigen Unfallversicherungsträger sind einzuhalten. Zur Planung von Feuerwehrhäusern siehe auch die Vorgaben der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) und deren Regeln (ASR) sowie DIN 14092-1:2024-06 für die allgemeinen Planungsgrundlagen und dazugehörige normative Verweisungen. An einer zügigen Projektumsetzung und Inbetriebnahme des Gebäudes sind diverse Akteure interessiert. Folglich ist ein reibungsloses Projektmanagement erforderlich, das die

umfassende und kontinuierliche Aufgabendurchführung gewährleistet. Dazu gehört eine transparente und regelmäßige Kommunikation sowie ein Qualitätsmanagement. Im Rahmen der Angebotsunterlagen müssen Aussagen zu diesen Punkten getroffen werden.

Interne Kennung: 0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 24 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung werden folgende Angaben verlangt: Registereintragung (z.B.

Handelsregister, Partnerschaftsregister) und Mitgliedschaft Berufsständische Organisation (z. B. Kammerzugehörigkeit). Bewerber, die aus Rechtsgründen nicht über vorgenannte

Unterlagen bzw. Erklärungen verfügen (z.B. mangels Eintragungspflicht oder Mitgliedschaft), haben vergleichbare Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung

vorzulegen. Soweit eine Eintragungspflicht nicht besteht, ist dies anzugeben.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufshaftpflichtversicherung: Nachweis einer für die Dauer des Vertrages und bis zur vollständigen Erfüllung bestehenden

Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden i.H.v.

mindestens 2 Mio. EUR und für Sachschäden und Vermögensschäden jeweils i.H.v.

mindestens 1 Mio. EUR / vorgenannten Schadensbereich. Der Nachweis ist durch Vorlage

einer Kopie der Versicherungspolice oder Vorlage einer Versicherungsbestätigung, dass im Falle der Zuschlagserteilung ein entsprechender Versicherungsschutz gewährt wird, zu erbringen. Diese Bestätigung muss vom Versicherungsunternehmen selbst, nicht vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft, ausgestellt sein. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bewerbergemeinschaften haben die Nachweise für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder für die gesamte Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Jährlicher Gesamtnettoumsatz: Eigenerklärung über den Gesamtnettoumsatz aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023). Die Darstellung muss für jedes Jahr erfolgen. Der durchschnittliche Mindestumsatz muss mind. 450.000,00 € pro Jahr betragen. Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Anzahl der Mitarbeitenden: Eigenerklärung mit Angaben zur aktuellen Mitarbeiterzahl in Vollzeitäquivalenten (ohne Praktikanten, Auszubildende / Studierende oder sonstige nicht fachbezogene Mit-arbeitende (z.B. Reinigungskräfte, Schreibkräfte od. vgl.)) (Jahr 2024). Diese muss mindestens drei betragen. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Erklärung für jeden Bewerber gesondert vorzulegen. Die Angaben zur Mitarbeitendenzahl sind zusammengefügt darzustellen. Die Mitarbeitendenzahl eines einzelnen an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Büros, kann unter der geforderten Mindestmitarbeitendenzahl liegen. Die Mindestmitarbeitendenzahl, die der Bewerbergemeinschaft insgesamt zur Verfügung steht, muss mindestens drei betragen. Die Verfügbarkeit ist zu versichern. Qualifikation der Mitarbeitenden: Eigenerklärung zu Angaben zur verantwortlichen Projektbearbeitung und stellvertretenden verantwortlichen Projektbearbeitung mit den Angaben zur Person, Ausbildungsabschluss, Berufserfahrung als Architektin / Architekt bzw. Ingenieurin / Ingenieur (oder vergleichbar). Für die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellvertretende verantwortliche Projektbearbeitung sind Nachweise zur Eintragung in die Architekten-/Ingenieurkammer oder vergleichbare Nachweise zur Berufsqualifikation (z.B. Diplom-Urkunde, Master-Urkunde etc.) vorzulegen. Die geforderte Berufserfahrung für die verantwortliche Projektbearbeitung beträgt 5 Jahre, für die Stellvertretung 3 Jahre. Technische Ausstattung: Eigenerklärung zur Verwendung branchenüblicher Hard- und Software (z.B. CAD- und AVA-Software, dxf, dwg, GAEB etc.). Referenzprojekte: Von jedem Bewerber bzw. jeder Bewerbergemeinschaft sind zwei Referenzprojekte für das Leistungsbild Objektplanung Gebäude einzureichen. Es finden eingereichte Referenzprojekte im Rahmen der Bewertung Berücksichtigung, sofern die Fertigstellung (Inbetriebnahme / Bezugsfertigkeit) im Zeitraum zwischen dem 01.01.2014 und dem Datum der Teilnahmefrist zu diesem Verfahren (20.12.2024) erfolgt ist. Der Zeitpunkt der Fertigstellung ist mit der Genauigkeit „Monat/Jahr“ anzugeben. Bei beiden eingereichten Referenzprojekten muss es sich um einen Neubau für ein Feuerwehrhaus handeln. Die eingereichten Referenzprojekte für die Objektplanung werden jeweils nach den folgenden Kriterien bewertet: Planungsanforderung (max. 10 Pkt.), Objektart nach DIN 14092-12024-06 (max. 20 Pkt.), erbrachter Leistungsumfang (max. 10 Pkt.), Kostenabweichung (max. 10 Pkt.), Topographie des überplanten Grundstücks (max. 10 Pkt.), Art des Auftraggebers (max. 10 Pkt.). Pro Referenzprojekt können max. 70 Punkte erreicht werden. Insgesamt können für die zwei Referenzprojekte also max. 140 Punkte erreicht werden. Die eingereichten Unterlagen zu den Referenzprojekten müssen Auskünfte und Angaben zur Bewertung der oben aufgeführten

Kriterien enthalten. Ergänzende Pläne, Bilder und/oder grafische Darstellungen zu den Referenzprojekten sind erwünscht. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Referenzauskünfte einzuholen. Für Leistungen, die nicht nach HOAI erbracht wurden (z.B. bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder ausländischen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften) ist darzulegen, dass und inwiefern die erbrachten Leistungen mit dem Leistungsbild gemäß HOAI vergleichbar sind. Der Auftraggeber begrenzt gem. § 51 VgV die Anzahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, auf drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Die Mindestzahl beträgt drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Der Auftraggeber behält sich vor, das Verfahren auch dann durchzuführen, wenn die Zahl der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften unter der Mindestzahl liegt. Die Auswahl der max. drei Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, erfolgt nach dem Ergebnis der Bewertung der eingereichten Referenzprojekte im Rahmen des Teilnahmeantrags. Bei Gleichwertigkeit wird per Los entschieden.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Architektonische / Städtebauliche Qualität

Beschreibung: Architektonische / Städtebauliche Qualität

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Umsetzung des Raumprogramms und der Funktionsbeziehungen

Beschreibung: Umsetzung des Raumprogramms und der Funktionsbeziehungen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Verfügbarkeit vor Ort

Beschreibung: Verfügbarkeit vor Ort

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Vorstellung und Darstellung des Projektteams

Beschreibung: Vorstellung und Darstellung des Projektteams

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 5

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs
Beschreibung: Darstellung des vorgesehenen Projektablaufs
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Eindruck im Verhandlungstermin

Beschreibung: Eindruck im Verhandlungstermin

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 15

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/9b4fb263-266b-46d6-9a12-b06ea4dca673

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 20/01/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/9b4fb263-266b-46d6-9a12-b06ea4dca673

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 20/12/2024 12:00:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 223 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Bitte beachten: Um einen eventuellen Ausschluss des Angebotes zu vermeiden, legen Sie bitte die geforderten Nachweise und Erklärungen dem Angebot unbedingt vollständig bei.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für die Leistungserbringung wird die Berufsqualifikation eines Architekten bzw. eines Ingenieurs gefordert, § 75 Abs. 1 VgV.

Zugelassen sind Bewerber, die nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die

Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“ zu tragen und nach der EG-Richtlinie über

eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome (EG-Berufsanerkenntnisrichtlinie 2005/36/EG) in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig werden dürfen. Bei jur. Personen muss mindestens einer der Gesellschafter, die verantwortliche Projektbearbeitung und die stellv. verantwortliche Projektbearbeitung, die an natürl. Personen gestellten Anforderungen erfüllen. Jur. Personen sind somit grundsätzl. teilnahmeberechtigt, wenn sie mit dem Teilnahmeantrag diese Personen benennen, §§ 43 Abs. 1, 75 Abs. 1, 3 VgV. Für Bergwerkgemeinschaften gilt dieses entsprechend. Als vorläufiger Nachweis, unter Vorbehalt der Nachforderung des Originals, dient die Kopie entsprechender Urkunden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen. (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. Es wird auf § 160 GWB und insbesondere auf das grundsätzliche Erfordernis einer Rüge verwiesen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) S1 Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. S2 Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers,

einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

KommunalKonzept BW GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Freiamt

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Freiamt

Registrierungsnummer: 10727

Postanschrift: Sägplatz 1

Stadt: Freiamt

Postleitzahl: 79348

Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)

Land: Deutschland

E-Mail: hauptamt@freiamt.de

Telefon: +49 7645910212

Internetadresse: <https://www.freiamt.de/buerger/de/startseite>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: 310ef8bb-301c-4ff2-8099-c1765a59e37f

Postanschrift: Regierungspräsidium Karlsruhe, Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Emmendingen (DE133)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: KommunalKonzept BW GmbH

Registrierungsnummer: 2c931298-0fc1-4552-84dd-89c081542032

Postanschrift: Jechtinger Straße 9

Stadt: Freiburg i. Br.

Postleitzahl: 79111

Land, Gliederung (NUTS): Freiburg im Breisgau, Stadtkreis (DE131)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@kommunalkonzept.de

Telefon: +49 76155738945

Internetadresse: <https://www.kommunalkonzept-gmbh.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9b4fb263-266b-46d6-9a12-b06ea4dca673 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/11/2024 13:50:00 (UTC+00:00)

Westeuropäische Zeit, GMT

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 708893-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 226/2024

Datum der Veröffentlichung: 20/11/2024